Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich Freitags. Redaktionsschluß Dienstag früh 8 Uhr. Druck von Meister & Ko., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Krieg, Hannover. Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 5, III.

Bezugspreis: 2,10 M. pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M. Inserate: die sechsgespaltene Kolonelzeile 40 ₰, für Mitgl. 30 ₰

№ 44. Hannover, 1. November 1907. 17. Jahrg.

Zum Kampf in Augsburg.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, zu welchen Zwecken die Scharfmacher in Augsburg den Kampf in voller Absicht heraufbeschworen haben, so wäre er durch den letzten Versuch des Gewerbegerichts in Augsburg, am 24. Oktober eine Verhandlung herbeizuführen, respektive durch das Verhalten der Brauereivertreter hierbei erbracht. Auf die Einladung des Gewerbegerichts erschienen seitens der Unternehmer der Vorsitzende, Brauereibesitzer Hartmann, und Rechtsanwalt Knoll, einer der Syndizi, die sich die Brauereien zur Durchführung ihrer Pläne angestellt haben. Der Gewerbegerichtsvorsitzende forderte dieselben auf, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzuerkennen. Darauf erklärte Rechtsanwalt Knoll, **daß er beauftragt sei, zu erklären:**

> **Seine Mandanten lehnten nach reiflicher Ueberlegung jede Verhandlung irgend welcher Art ab.** Sie seien nur erschienen, weil sie dem Zwange und dem Gebote des Anstandes folgten.

Im übrigen bestritten die zwei Herren die Zuständigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt, weil es nur angerufen werden könne zur Beratung behufs Beilegung von Differenzen bezw. wegen Wiederaufnahme der Arbeit usw.; diese Vorbedingungen fehlten aber, der Streik existiere für sie nicht mehr usw. So falsch das letztere schon ist, soweit damit gesagt sein soll, daß die Brauereien genügend und zufriedenstellende Arbeitskräfte haben, verweisen wir doch noch auf die bisherigen Ablehnungen zur Verhandlung, wo dieser Scheingrund zur Ablehnung noch nicht im geringsten in Frage kommen konnte, um zu ermessen, mit welchen Herren wir es hier zu tun haben. Dies wird noch klarer durch die zynische Art, wie die Herren den Arbeitern wohl das Koalitionsrecht zusprachen, ihnen jedoch, und zwar ausdrücklich den **Augsburger** Arbeitern, jedes Recht, in irgend einer Weise auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzugehen, rundweg absprechen.

Das Programm der Augsburger Scharfmacher, die sich die Züchtung der gelben Gewerkschaften angelegen sein lassen, und mit Hilfe derselben jede freie Regung der Arbeiter, jedes Arbeiterrecht niederknüppeln wollen, soll also zuerst in der Brauindustrie verwirklicht werden. Glückt dies, dann greift man weiter. Wir haben es hier also nicht allein mit den Brauereiunternehmern zu tun, sondern mit der ganzen Scharfmachersippe Augsburgs. Das ist nun auch deutlich genug der übrigen Arbeiterschaft zum Bewußtsein gebracht worden, um was es sich handelt. Die Augsburger Brauereibesitzer sind nur die scharfgemachten Vorgeschobenen zum Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft überhaupt.

Und nicht allein das. **Der „Boykottschutzverband deutscher Brauereien" gibt sich als Werkzeug der Augsburger Scharfmachersippe her.** Der **Bezirksvorstand** des Boykottschutzverbandes, dem nach den Satzungen des Boykottschutzverbandes von den boykottierten Brauereien durch Anzeige des Boykotts unwiderruflich Auftrag und Vollmacht erteilt wird, Verhandlungen für die boykottierten Brauereien und in ihrem Namen zu führen, hat von dieser Vollmacht **keinen** Gebrauch gemacht, sondern hat, wie Rechtsanwalt Knoll vor dem Gewerbegericht erklärte, **den Augsburger Brauereien das Verhandlungsrecht übertragen.** Damit hat der Boykottschutzverband der Ortsgruppe Augsburg freie Hand gegeben zur Bekämpfung der Arbeiterorganisation in Gemeinschaft mit der Augsburger Scharfmachersippe, mit der sie liiert ist und der sie als Mittel zum Zweck dient, und damit hat sich der Boykottschutzverband vor den Wagen der Scharfmachersippe gespannt, sich mit ihren Bestrebungen identifiziert. Das stellen wir heute fest.

Die Situation ist für uns nun völlig geklärt. **Der Kampf in Augsburg kann und wird voraussichtlich Jahre dauern;** er wird nicht eher beendet, bis der Hochmut der Brauereibesitzer gebrochen und der Arbeiterorganisation ihr Recht geworden ist. **Dann** können die Unternehmer Betrachtungen darüber anstellen, soweit sie noch solche sind, was ihnen die Hausknechtsdienste, die sie den Scharfmachern leisten, eingebracht haben.

Lohnerhöhung und Preissteigerung.

> Sagt einer heut' auf hohem Rednerpult
> Mit etwas Zungenkunst und Spiegelfechten:
> „Die Müllerknechte sind an allem schuld,
> An allem Schädlichen und Schlechten!"
> Und wiederholt im Lande weit und breit
> Den gleichen Satz mit kühler Ueberlegung,
> Dann haben wir in äußerst kurzer Zeit
> Die große Anti-Müllerknechtbewegung.
>
> Ludwig Fulda.

Unter den vielen Argumenten, die von den Gegnern der organisierten Arbeiterschaft gegen diese ins Feld geführt werden, erfreut sich eines unter fast allen Bevölkerungsschichten einer besonderen Popularität: es ist die immer wieder gegen alle gewerkschaftlichen Verbesserungsbestrebungen als Haupttrumpf ausgespielte Behauptung, daß jede Lohnerhöhung, die von den Arbeitern den Unternehmern abgerungen wurde, sofort wieder eine Steigerung der Preise der davon betroffenen Warengattung bewirke, so daß die Arbeiter eigentlich von einem erfolgreichen Streik keinerlei nennenswerten Vorteil besäßen. Diese Auffassung gewinnt notwendigerweise um so mehr an Boden, je rascher infolge von oft verschiedenartigen Ursachen die Preise der Bedarfsartikel steigen und je verbitterter daraus die Stimmung immer breiterer Volksschichten wird. Wollte man freilich bei derartigen seichten Argumenten von logischen Folgerungen reden, dann müßte man niedrige Arbeitslöhne als ein wahres Glück preisen, da sie zu gleicher Zeit ein Sinken der Preise bewirken müßten. Nach der „christlichen Sozialpolitik" wird diese Argumentation auch damit gerechtfertigt, daß „hohe Löhne keineswegs immer für die Arbeiterschaft nutzbringend sind", weshalb der Streik in den meisten Fällen als direkt schädlich und nachteilig bezeichnet werden müßte. Danach sind es also die Arbeiter, die an allem Uebel schuld sind, wenn sie ihre Forderungen nach höheren Löhnen geltend machen, und man wird bei der auf solch geistreiche Art gezüchteten Antiarbeiterbewegung unwillkürlich an die unsern Ausführungen vorangestellten Worte Fuldas erinnert.

Der Einwand, der hier den Bestrebungen auf höhere Arbeitslöhne entgegengehalten wird, hat nun allerdings seine Wurzel in der alten bürgerlichen Wirtschaftslehre, wonach der Lohn dem zur Produktion bestimmten Kapital entnommen wird, und wonach, wenn diese Lehre richtig wäre, der Kapitalist lediglich aus Humanität, als vorsorglicher „Brotvater" für seine Arbeiter sich der Gütererzeugung widmen würde. In der Tat freilich liegt die Sache so, daß der Arbeitslohn nur einen Teil des Mehrwertes repräsentiert, den der Kapitalist „von Rechts wegen" zurückbehält und nur einen Teil davon gütigst dem Arbeiter in Form des Lohnes zurückerstattet. Marx hat zum ersten Male, entgegen den Anschauungen der bürgerlichen Nationalökonomie, klargestellt, daß die Höhe des Arbeitslohnes in seiner durchschnittlichen Größe nicht willkürlich bestimmt werden kann, sondern bestimmten ökonomischen Gesetzen folgt. Er tut dies, indem er den Lohn als den „Preis der Arbeitskraft gemessen durch Zeit" bezeichnet. Da darunter nach seinen grundlegenden Ausführungen im „Kapital" die zur Herstellung irgend einer Ware unbedingt gesellschaftlich notwendige Zeit verstanden wird, so folgt daraus, daß der Arbeitslohn zunächst von den jeweiligen Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen die Produktion erfolgt, bestimmt wird. Steigt der technische Herstellungsprozeß in irgend einem Berufe, so geht natürlich die Erzeugung einer bestimmten Warengattung rascher vor sich und die in einem Arbeitsstück aufgewendete Arbeitszeit hat sich verringert. Die Vervollkommnung des Produktionsprozesses bedeutet also für den Kapitalisten, der von dem Tauschwerte der Ware profitiert, eine steigende Mehrwertsrente, die er als Gewinn einsackt, während der Ertrag des Arbeiters in der steigenden Produktivität seines Schaffens gesunken ist, und zwar, wie aus dieser Darlegung hervorgeht, auch dann, wenn eine faktische Steigerung seines Lohneinkommens stattgefunden hat. Das ist eben das große Geheimnis, das die bürgerliche Nationalökonomie verschwiegen hat: der Unternehmer bezahlt dem Arbeiter die Zeit, die für Herstellung einer Ware gesellschaftlich, das heißt dem jeweiligen technischen Entwicklungsgrade entsprechend, notwendig ist, und nichts darüber. Schrumpft diese Zeit infolge der unausgesetzt steigenden technischen Vollkommenheit zusammen, dann erhält der Arbeiter nicht freiwillig einen größern Anteil von der gestiegenen Ertragsfähigkeit seiner Arbeit, sondern ist genötigt, sich diesen höheren Anteil durch den Zusammenschluß in seiner Organisation im Wege des Lohnkampfes zu erobern. Es muß daher auch die Frage vor allem aufgeworfen werden, wie es um die Kulturentwicklung der menschlichen Gesellschaft bestellt wäre, wenn es den Arbeitern völlig gleichgültig wäre, wie sich der Ertrag ihrer Arbeit verteilt, und ob die Quote, die sie in der Form des Lohnes zur menschlichen Bedürfnisbefriedigung erhalten, größer oder kleiner ist? Folgt einer Lohnerhöhung, die sich die Arbeiter erkämpft haben, wirklich eine Preissteigerung in der betreffenden Produktionsgruppe nach, was ja oft genug der Fall ist, dann haben wir es nicht mit einer naturnotwendigen Erscheinung zu tun, die etwa gesetzmäßig eintritt, sondern in den meisten Fällen mit einer willkürlichen Regulierung irgend eines Preiskartells, dessen Zweck in der ungeschmälerten Hochhaltung der Mehrwertsrate besteht. Dazu kommt ein ständiges Steigen der Bodenrente, die es vor allem bewirkt, daß gerade in den Großstädten die Mietspreise in den letzten Jahren unausgesetzt in die Höhe gegangen sind. Da sich aber auch die besitzenden Klassen zugleich die politische Herrschaft im Staate gesichert haben, so tun Zölle und Steuern, die sie auf die allgemeinen Gebrauchsartikel abwälzen, zu der Verteurung noch das Ihrige. Nun kann es gewiß vorkommen, daß unter allen diesen Einwirkungen die Quote einer erkämpften Lohnerhöhung sofort wieder weggenommen wird, und noch dazu unter dem heuchlerischen Vorwande, daß der „gute Unternehmer" ja gar keinen andern Ausweg als den Preisaufschlag hatte. Aber auch unter diesem Gesichtspunkte, der bei nur oberflächlicher Betrachtungsweise die Lohnsteigerung als den Stein des Sisyphus erscheinen läßt, handelt es sich um eine Sache von bleibendem kulturellen Wert. „Der Druck der Arbeiterklasse", bemerkt Bernstein in seiner Abhandlung „Der Streik" *) sehr zutreffend, „auf die Lohnsätze ist in seinen wirtschaftlichen Wirkungen in der Regel ein Druck auf die Technik der Arbeit, und zwar ein Druck von unten nach oben, ein Drängen und Schieben nach beständigem Fortschritt; nur wo ein absolutes Monopol jede Konkurrenz aufgehoben und die Preisbestimmung zu einer Sache freier Willkür gemacht hat, würde der erhöhte Lohn die Arbeitsweise völlig unberührt lassen können. Wo dies nicht der Fall ist, heißt Lohnerhöhung Vervollkommnung der Produktion und wird somit ein wirksamer Stachel für den rastlos schaffenden Menschengeist. Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit haben hier die gleichen fortschrittsfördernden Wirkungen. Es ist eine Wahrheit, die schon Ricardo vor bald hundert Jahren erkannt hatte „daß verbesserte Maschinen oft nicht eher eingeführt werden können, ehe nicht die menschliche Arbeit im Preise steigt."

In dieser Tatsache, auf die übrigens der bekannte schweizerische Fabrikinspektor Schuller gleichfalls in seinen Berichten hingewiesen hat, liegt der bleibende Kulturwert einer jeden von den Arbeitern erkämpften Lohnerhöhung. Sie wird zum Stimulus der Produktionstechnik und drängt allen Fortschritt in sichere Bahnen. Welche Vorteile aber hätte das menschliche Gemeinwohl, die Gesellschaft als solche davon, daß eine Kaste von Menschen seinen Mehrertrag an der Arbeit infolge deren wachsender Intensität erhöht, wenn ihnen nicht immer wieder ein größerer Teil davon abgerungen würde? Man vergesse doch nicht, daß das, was der Arbeiter mehr einnimmt, auch wieder ausgegeben wird und so dem Gemeinwohl nutzbar gemacht werden kann. Man lerne also endlich die Lohnerhöhung des Arbeiters nicht bloß vom engen Krämerstandpunkt aus werten, sondern beurteile sie von den großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, von denen aus man den Kulturfortschritt der Zukunft ermessen lernt. Dann wird man endlich aufhören, kleinlich über Erscheinungen zu zetern und zu raunzen, die nur den Weg bedeuten zu neuen und gesünderen Formen der menschlichen Gesellschaft!

Der „deutsch-nationale" Arbeiter-Kongreß.

Die sogenannte deutsch-nationale Arbeiterbewegung hat sich vom 20. bis 22. Oktober in Berlin ein Stelldichein gegeben. Der erste Kongreß dieser „christlichen" und „nationalen" bunten Gesellschaft von Paradearbeitern, Handwerksmeistern, antisemitisch angehauchten Beamten und Handlungsgehilfen, Lizentiaten, katholischen und evangelischen Ortspfarrern, sowie andrer kirchlicher Herren fand vor 4 Jahren in Frankfurt a. M. statt unter dem hochtrabenden Titel „erster deutscher Arbeiterkongreß". Man wies ihm zwar nach, daß er sich in dem Datum geirrt hatte, daß der erste deutsche Arbeiterkongreß bereits vor Dezennien abgehalten wurde, noch weit eher, als die hochmögenden Drahtzieher der jetzigen „nationalen" Arbeiterbewegung ihr warmes Herz für die Arbeiter entdeckt hatten. Aber die Gesellschaft, die hierbei in Frage kommt, focht das weiter nicht an. Es blieb die erschwindelte Kongreßfirma bestehen, wie man auch die Zahl der angeblich auf dem Kongreß vertretenen Arbeiter recht stark nach oben abrundete, sodaß bei einer Nachprüfung die Zahl von den angeblich vertretenen 622 000 „Arbeitern" auf etwa die Hälfte zusammenschmolz. Bei der diesjährigen Veranstaltung hat man dieselben Kunststückchen bezüglich der vertretenen „Arbeiter"zahl geübt. Sie soll angeblich 1 100 000 betragen. Aber das Hauptorgan dieser Herbstparade, das christliche „Reich", Berlin, gesteht im selben Atemzuge in einer Polemik gegen den „Vorwärts" ein, daß die „Bewegung" **stagniert**, was natürlich nicht gesagt werden könnte, hätte sie sich von 600 000 auf 1 100 000 Köpfe vermehrt im Laufe von vier Jahren. Die natürliche und richtige Schlußfolgerung ist aber, daß auch diesmal recht viel hinzugeschrieben sind, was bei der Abneigung gegen die Wahrheit, die einem nicht geringen Teil der hier in Frage kommenden Arrangeure hinter den Kulissen eigen ist, weiter nicht verwundert.

Die Veranstaltung des ersten Kongresses dieser Couleur im Jahre 1903 war gewiß von gewiegten Kennern der Psyche der herrschenden Klasse ausgegangen. Die Reichstagswahl am 16. Juni 1903 ging sowohl dem preußischen Junkertum als dem deutschen Unternehmertum stark zu Kopfe. Ein Pflaster auf die am 16. Juni den herrschenden Klassen geschlagene Wunde sollte der damalige Arbeiterkongreß sein, und er war aus diesem Gesichtspunkt schließlich nicht ungeschickt inszeniert. War das Ganze auch mehr purer Schwindel, er wurde doch teilweise von denen geglaubt, denen die Schaustellung gegeben wurde — nur die **deutschen Arbeiter** haben sich wenig darum gekümmert, was mit einigen Zahlen belegt werden kann. Die freien Gewerkschaften zählten damals 677 510 Mitglieder im Jahresdurchschnitt, sie haben bis zum zweiten jetzt stattgefundenen Kongreß der „Christlich-Nationalen" diese Mitgliederzahl auf 2 Millionen gebracht.

Die „christlich-nationale" Bewegung, die 1903 durch den Kongreß demonstriert werden sollte, hat aber in keiner Weise vermocht, den Aufmarsch der **wirklichen** Arbeiterbataillone zu hemmen. Das liegt gewiß nicht an mangelndem Willen der christlich-nationalen Drahtzieher. Die guten Leute haben zweifelsohne das Beste für das Seelenheil der herrschenden Klassen gewollt und sie haben sicherlich alles aufgeboten, um die Arbeiter von einer konsequenten Vertretung ihrer Interessen durch sie selbst und ihre natürlichen Vertreter abzuhalten. Wenn es ihnen nicht gelang, so nur deshalb, weil ihre vorgegaukelte „Bewegung" nur Luft war und von der Arbeiterschaft auch als solche sofort erkannt wurde. Freilich, auch die organisierten Scharfmacher ließen sich nicht täuschen. Sie sahen sich das gebotene Schauspiel zwar wohlgefällig an. Aber die Tatsache, daß diese bunzusammengewürfelte Gesellschaft die moderne Arbeiterbewegung ab-

*) Ed. Bernstein: „Der Streik". Verlag von Rütten u. Loenning. Frankfurt a. M.

lösen wollte, indem sie Reformen verlangte, wie die letztere sie verlangt, ließ die Scharfmacher sofort erkennen, daß es auch hier auf ihre Kosten gehen würde, möge die Auflehnung gegen den Klassenkampf in noch so hohem Brustton verkündet werden. Man ließ sich wohl die Mithilfe der christlich-nationalen Paradearbeiter und Pfarrer gern gefallen, soweit es um das „Niederreiten" der modernen Arbeiterbewegung ging und ohne Kosten für das Unternehmertum möglich war, aber zu irgend welchen Gegenleistungen war man nicht zu haben. Das deutsche Unternehmertum tut nun einmal nicht um Gottes willen, was einem andern nützlich ist. Wer ihm helfen will, die Arbeiter niederzuhalten und damit seinen Profit zu erhöhen, ist ihm willkommen. Wer aber von ihm etwas haben will, hat sich in der Adresse getäuscht.

Die christlich-nationale „Bewegung" aber mußte, sollte sie überhaupt sein, bestimmte Forderungen erheben. Und ihr erster Kongreß (1903) forderte die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechts; die Verhinderung am legitimen Gebrauch des Koalitionsrechts sollte unter Strafe gestellt werden. Er forderte weiter ein freiheitliches Vereins- und Versammlungsrecht, die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, paritätische Arbeitskammern usw. War der hier zur Schau getragene Radikalismus im wesentlichen nur dazu bestimmt, den Bauernfang mit den Arbeitern, den man vorhatte, zu ermöglichen, so waren es immerhin Forderungen, von denen etwas erfüllt werden mußte, sollte die Sache auf die Dauer ziehen. Zudem haben die christlichen Gewerkschaften, um sich gegenüber dem Vormarsch unsrer Organisationen zu erhalten und nicht über den Haufen gerannt zu werden, auch in puncto direkter Lohnforderungen öfters gemeinsame Sache mit den freien Gewerkschaften machen müssen.

Das konnte den geriebenen Vertretern der deutschen Unternehmerorganisationen kein Geheimnis bleiben, wie sie sich auch keiner Täuschung darüber hingaben, daß das Unternehmertum die Rechnung für die Bekämpfung der modernen Arbeiterbewegung mit der Erfüllung der eigenen Forderungen der letzteren zu bezahlen haben würde. Mögen nun auch die Christlich-Nationalen noch so sehr den Klassenkampf verleugnen, das deutsche Unternehmertum verleugnet ihn darum nicht, es führt ihn im Gegenteil in der schärfsten Form und mit den schärfsten Waffen. Die christliche und nationale Harmonietheorie der Ortspfarrer und ihrer Arbeitertrabanten möge diese heute wohl befriedigen, das ändert nichts an der Tatsache, daß die gesellschaftliche Entwicklung sich auf dem Boden der Klassengegensätze vollzieht. Das, was sich auf dem Papier von dem Frieden auf Erden wunderbar hübsch ausnehmen kann, schmilzt in der rauhen Wirklichkeit zusammen wie der Schnee im Sonnenschein und Frühlingssturm. Die Erkenntnis dieser Tatsache der gesellschaftlichen Entwicklung ist das große Geheimnis der Erfolge unsrer Gewerkschaften sowohl auf dem Gebiete der Organisation als des Lohnkampfes. Aber diese Erkenntnis verdanken die große Mehrheit der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands nicht den Ortspfarrern, sondern der modernen Arbeiterbewegung. Es ist Unsinn, daran zu glauben, daß die deutschen Arbeiter jemals durch „christlich-nationale" Schaustellungen von dieser an jedem Tage aufs neue sich bestätigenden Erkenntnis sich abbringen lassen.

Wie schon gesagt, das deutsche Unternehmertum, das wie die organisierte Arbeiterschaft die Tatsache des Klassenkampfes erkannt hat und diesen in intensivster Weise führt, lehnte es auch ab, die Kosten der christlichen und nationalen Demonstrationen zu bezahlen.

Die deutsche Regierung aber als politischer Geschäftsträger des deutschen Unternehmertums fand wohl einige Worte der Anerkennung der von den Christlich-Nationalen betriebenen Arbeiterzersplitterung gefunden: die aufgestellten Forderungen zu erfüllen, fiel ihr nicht im Traume ein. Bernhard von Bülow empfing zwar die Deputation des ersten christlichen Kongresses und er hatte dabei ein wohlfrisiertes Lächeln angelegt, die Herren durften sich einige Minuten an der Gnadensonne des „berühmten Mannes" erfreuen, irgend welche Zugeständnisse hat er ihnen nicht gemacht. Allerdings ließ er eine Vorlage zu einem Berufsvereinsgesetz von seinen Geheimräten ausarbeiten, aber das sollte ein Klassengesetz gegen die Arbeiter für das Unternehmertum werden. Ja, es entsprach sogar dermaßen wenig der christlich-nationalen Harmonietheorie, d. h. trug in so hohem Maße den Stempel des Klassenkampfes des Unternehmertums gegen die Arbeiter, daß selbst die Bourgeoisparteien im Reichstage nicht froh daran wurden, sondern sich mit weniger zufrieden geben wollten. Die Vorlage verschwand schließlich am 12. Dezember 1906 mit dem alten Reichstag in die Wolfschlucht.

Von den Forderungen der christlich-nationalen „Bewegung", soweit sie vom ersten Kongreß aufgestellt waren, wurde nicht eine erfüllt. Und gegenüber dem Vormarsche der modernen Arbeiterbewegung erwies die christlich-nationale „Bewegung" sich genau so wirkungslos, wie sie etwa in der Milderung der Klassengegensätze blieb. Der Klassenkampf zwischen Unternehmertum und Proletariat wurde kaum jemals in Deutschland so scharf geführt, wie in den vier Jahren zwischen diesen beiden christlich-nationalen Kongressen. Erfolglosigkeit war also die bisherige Signatur der christlich-nationalen Bewegung, daher auch ihre Stagnation. Sie ist erfolglos geblieben und wird erfolglos bleiben, weil sie theoretisch wie praktisch nur ein Trugschluß ist. Ihre theoretische Grundlage ist Luft, ihre Organisation besteht aus erschwindelten Zahlen und ihre Einigkeit ist nur ein frommer Wunsch. Bis auf die „christlichen" Zentrumsgewerkschaften zählt dieser ganze christlich-nationale Tamtam auch nicht ein lebensfähiges Organisationsgebilde. Aber die zählen 300 000 Mitglieder, nicht 1 100 000. Und so wird auch der jetzige Kongreß, auf den wir in einem zweiten Artikel eingehen werden, wirkungslos verhallen.

Wie die Armen wohnen.

Die Stadtverwaltung von Posen hat im Anschluß an die allgemeine Erhebung über die dortigen Wohnungsverhältnisse am 1. Dezember 1905 auch eine besondere Untersuchung über die Wohnungen der Stadtarmen veranstaltet. Der Bericht aus der Feder von Dr. Otto Most ist als „Anlage zum Verwaltungsbericht der Provinzialhauptstadt Posen für das Jahr 1906" dieser Tage erschienen. Er bietet ein sehr wertvolles Material zur Beleuchtung des Wohnungselends der ärmern Bevölkerung. Es sind insgesamt 920 Wohnungen genau untersucht worden. Diese Wohnungen repräsentieren aber, obgleich unterstützungsbedürftige Arme in ihnen untergebracht waren, keineswegs die schlechteste Qualität des Posener Wohnungsmarktes. Der Bericht hebt das ausdrücklich hervor, indem er darauf hinweist, daß viele der alleinstehenden Stadtarmen in Familien untergebracht sind, deren wirtschaftliche Lage sich bedeutend über diejenige der Stadtarmen erhebt. „So sind die Ergebnisse nicht als besondere Ausnahmedaten, sondern — da aus verschiedenen Qualitäten gemischt — tatsächlich als „typisch" für einen sehr erheblichen Teil der Posener Wohnungen anzusehen." Das ist bei den nachfolgenden Resultaten wohl zu beachten.

Was zunächst die Größe der Wohnungen, allein nach der Bodenfläche betrachtet, anlangt, so entfielen im Durchschnitt auf eine Wohnung 21,8 Quadratmeter, auf einen erwachsenen Bewohner 6 Quadratmeter, auf ein Kind (unter 14 Jahren) 3 Quadratmeter. Ist schon diese Durchschnittswohnfläche außerordentlich gering, so wird das Bild aber noch viel trüber, wenn man die zahlreichen unter dem Durchschnitt befindlichen Fälle ins Auge faßt. Bei 208, also 22,6 Prozent der untersuchten Wohnungen, betrug die ganze Bodenfläche weniger als 10 Quadratmeter! Als besonders krasse Fälle der Ueberfüllung führt der Bericht an 2 „Wohnungen" mit weniger als 5 Quadratmeter Bodenfläche und 3 resp. 4 erwachsenen Bewohnern. Außerdem fanden sich 8 Wohnungen mit weniger als 10 Quadratmeter Bodenfläche, in denen 6—8 erwachsene Personen hausten. „Eine solche Zusammenpferchung menschlicher Wesen darf ohne Scheu als menschenunwürdig bezeichnet werden" — so bemerkt der amtliche Bearbeiter dazu.

„Schärfer noch tritt das Maß der Ueberfüllung bei einer Kombination von Rauminhalt und Bewohnerziffer hervor" . . . fährt der Bearbeiter fort. Als durchschnittlicher Rauminhalt pro Wohnung ergaben sich 56 Kubikmeter; auf den einzelnen Bewohner entfielen 15,3 Kubikmeter. Für die Einzelzellen der preußischen Gefängnisse sind 25—28 Kubikmeter pro Kopf als Mindestwohnraum vorgeschrieben. Danach beurteile man zunächst den Durchschnittswohnraum von 15,3 Kubikmeter für frei lebende Proletarier!

Aber dieser Durchschnitt ist, wie der Bericht nachdrücklich hervorhebt, „lediglich durch den Einfluß einer Anzahl außergewöhnlich luftreicher Wohnungen entstanden". Auch hier geben das richtige Bild erst die Ausnahmen; sie erlauben nicht, daß der Leser sich etwa mit dem Bewußtsein beruhigt, daß ja der Durchschnitt ganz leidliche Verhältnisse zeige. In gut drei Viertel aller Wohnungen bleibt der Wohnraum pro Person noch unter dem „ganz leidlichen" Durchschnittsmaß von 15 Kubikmeter. In manchen Wohnungen sinkt der Luftraum pro Kopf auf 2—3 Kubikmeter herab. Hier die krassesten Fälle: 19 Wohnungen mit einem Luftraum von weniger als 10 Kubikmeter, darunter 2 mit mehr als 3 Bewohnern; 114 Wohnungen mit einem Luftraum von 10—20 Kubikmeter, darunter 11 mit 4—6, 1 mit mehr als 6 Bewohnern! — 42 Wohnungen mit einem Luftraum von 20—30 Kubikmeter und 4—6 Bewohnern; 11 mit mehr als 6 Bewohnern; 8 Wohnungen mit einem Luftraum von 30—40 Kubikmeter und mehr als 9 Bewohnern! „Eine Wohnung auf dem rechten Wartenufer besteht aus einem einzigen Zimmer, das zugleich als Koch-, Arbeits-, Schlaf- und Wohnraum für Vater, Mutter und 9 Kindern dient. Und ähnliche Fälle sind nicht allzu selten zu finden."

Und was für „Luft" ist es, die die Aermsten in diesen Wohnhöhlen einzuatmen bekommen! Sie ist mit Krankheitskeimen aller Art durchseucht und mit den übelsten Gerüchen geschwängert. Es ist kaum begreiflich, wie menschliche Wesen ein solches Dasein überhaupt ertragen können.

Eine der allerübelsten Seiten dieses Wohnungsjammers ist die fast allgemeine **Abortgemeinschaft** mehrerer Familien. Von den 827 Wohnungen, für welche über diesen Punkt Angaben gemacht wurden, hatten nur 39 einen Abort für sich allein. Von den übrigen Wohnungen wurden die Aborte gemeinsam benutzt: in 135 Wohnungen von 2 Familien, in 172 von 3 Familien, in 232 von 4, in 114 von 5, in 52 von 6, in 27 von 7, in 15 von 8, in 21 von 9 bis 10, in 18 von 11 bis 15, in 2 von 18 Familien! — „Diese Ziffernreihe bedarf in der Tat keinerlei Kommentars", meint der amtliche Bearbeiter. Wir schließen uns ihm an. „Der Vollständigkeit halber sei nur noch erwähnt, daß von der Gesamtzahl nur 11 Wohnungen Aborte mit Wasserspülung besitzen und 15 Aborte innerhalb der Wohnungen. Erschwert wird die Abortmisere noch durch den Umstand, daß die Wohnungen fast zu 8 Zehnteln — 731 keine eigene Ausgußvorrichtung und keinen Wasserhahn in der Wohnung selbst besitzen. Nur 189 weisen diesen Luxus auf."

Das Tollste dabei ist die auch hier wieder konstatierte Tatsache, daß die kleinsten, jämmerlichsten und ungesundesten Wohnungen, in denen die Armut haust, relativ, d. h. im Verhältnis zum Luftraum am teuersten sind. Das illustrirt folgende Tabelle. Es betrug die durchschnittliche Jahresmiete pro Kilometer bei

Wohnungen	bis 10	cbm	6,41	Mk.
„	von 10—20	„	4,34	„
„	„ 20—30	„	3,66	„
„	„ 30—40	„	3,17	„
„	„ 40—50	„	3,01	„
„	„ 50—60	„	2,72	„
„	„ 60—70	„	2,65	„
„	„ 70—80	„	2,44	„
„	„ 80—100	„	2,02	„

Bei den mehr als 100 Kubikmeter großen Wohnungen steigt der Preis teilweise wieder ein wenig — bei den Posener Wohnungen schwankt er zwischen 1,64 bis 3,32 Mk. pro Kubikmeter infolge des großen Luxus der Ausstattung, namentlich in den neueren Häusern. Aber der vorangestellte allgemeine Satz wird dadurch nicht erschüttert. In dem amtlichen Bericht heißt es: „Wenn auch hier und dort Ziffern aus der Reihe springen, bleibt die Gesamtrichtung doch unverkennbar: die kleinste Behausung von weniger als 10 Kubikmeter Luftraum ist fast fünfmal so teuer als die etwa zwanzigmal so große Wohnung von ungefähr 220 Kubikmeter. Ein unerbittliches Gesetz waltet in diesen Ziffern — unerbittlich, aber nicht unumstößlich. An ihm zu rütteln ist die schönste Aufgabe des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues."

Der gemeinnützige „Kleinwohnungsbau" soll da helfen? — Gewiß ist es eine schöne Sache um ihn. Wir sind die letzten, die diejenigen entmutigen wollen, die ihn zu fördern suchen. Insbesondere wünschen wir den gemeinnützigen Baugenossenschaften die besten Erfolge. Aber daß auf diesem Wege das Uebel im ganzen aus der Welt geschafft werden könne, das wird niemand glauben, der die Größe und die tiefern Ursachen des Massenelends auf diesem Gebiete kennt. Solange Baugrundhandel und Wohnungsherstellung Gegenstände der kapitalistischen Bereicherung sind, solange die Masse der Bevölkerung mit proletarischen Einkommensverhältnissen zu rechnen hat — solange wird das Wohnungselend als Massenerscheinung nicht verschwinden. Nur durch große Eingriffe in die kapitalistische Tributherrschaft und Ausbeutungsfreiheit kann hier eine allgemeine Wendung zum Besseren durchgesetzt werden.

Fleischgenuß und Volksgesundheit.

Das Fleisch, jener für die Ernährung des Arbeiters so wichtige Artikel, ist infolge der in den letzten Jahren stetig gestiegenen Preise zu einem Luxusartikel geworden, der im Haushalte des Arbeiters beinahe aufgehört hat, eine Rolle zu spielen. Die Arbeiterfrauen können ein Liedchen davon singen, was es heißt, unter den gegenwärtigen Preisverhältnissen auch nur ein bescheidenes Stückchen Fleisch auf den Tisch zu bringen, um wenigstens damit dem Mann und Familienerhalter für seinen außerordentlichen schweren Beruf einen Teil seiner verausgabten Kraft wieder ersetzen zu können, die nun einmal nach ehernen Naturgesetzen wieder hergestellt werden muß, wenn nicht Krankheit und frühzeitiges Siechtum als Folge der so eintretenden Unterernährung eine baldige Invalidität herbeiführen soll. Und bei alledem gibt es humane Freunde des arbeitenden Volkes genug, die da meinen, daß der Fleischgenuß ganz gut zu entbehren sei, und daß man auch ganz gut mit Vegetabilien auskommen könne.

Angesichts dessen erscheint es angebracht, auf eine vor einiger Zeit in den „Süddeutschen Monatsheften" erschienene „Ernährungs-Probleme" betitelte Abhandlung Otto Cohnheims, der an der Universität Heidelberg lehrt, einzugehen. Sie erweist, mit einem Wort, den Zwang zur Fleischnahrung auch für alle städtischen und Industriearbeiter als eine physiologische Notwendigkeit. Wir möchten deshalb in nachstehendem einen Auszug aus dem Artikel, zum Teil mit den eigenen Worten des Verfassers, hierhersetzen.

Die Nahrung des Menschen setzt sich aus Eiweißkörpern, Fetten und Kohlenhydraten zusammen. In den meisten Nahrungsmitteln werden diese drei im Gemenge genossen, nur etwa Zucker und Butter sind reines Kohlenhydrat, bezw. reines Fett. Am eiweißreichsten ist Fleisch, dann Fisch, Ei, Käse. Es ist weiter bekannt, daß der gesamte menschliche Stoffwechsel ein Verbrennungsprozeß ist. Die Nahrung liefert durch ihre Verbrennung dem menschlichen Körper die Energie, deren er bedarf. Ihr Wert bemißt sich daher nach der Energiemenge, die sie liefert, und läßt sich, wie bei jeder Energie, durch sogenannte Wärmeeinheiten oder Kalorien messen. Soweit man bisher die Nahrung irgend welcher Menschen und Völker untersucht hat, hat man immer eine gewisse und zwar ziemlich gleichmäßige Menge von Eiweiß gefunden. Bei den ganz schlecht genährten, aber auch zu jeder intensiven Arbeit unfähigen Zittauer Handwebern, unter den Armen Neapels und unter der ärmsten Negerbevölkerung Alabamas fand man freilich viel geringere Mengen. Aber bei gut genährten Menschen fand man immer und überall in der von ihm verzehrten täglichen Nahrung die annähernd gleiche Eiweißmenge. Sie beträgt rund 100 Gramm täglich. Interessant ist dabei vor allem, daß diese Menge die gleiche ist für Menschen aller Berufe.

Nun aber weiter. Der Gesamtnahrungsbedarf eines Menschen wird fast ausschließlich von seiner Muskelarbeit bestimmt. Die geistige Arbeit kommt in der Nahrung nicht zum Ausdruck. Ob jemand sein Gehirn anstrengt oder es völlig ruhen läßt, ändert, soweit wir heute wissen, an dem Energiebedarf eines Körpers nichts. Auch die Energiemenge, die der Mensch zur Aufrechterhaltung seiner Körpertemperatur braucht, ist fast stets die gleiche. Um so größer ist der Einfluß der Muskelarbeit. Wer völlig ruhend im warmen Zimmer liegt, braucht täglich 1500 bis 1700 Kalorien (Wärmeeinheiten). Wer durch seinen Beruf zur sitzenden Lebensweise geführt wird, produziert 2100 bis 2400 Kalorien. Bei leichter Handarbeit steigt der Bedarf auf 2800, bei Landarbeiten auf 4000 bis 6000 Kalorien. Der Durchschnitt ergibt 2270 Kalorien bei den ruhenden, 4550 Kalorien für den körperlich stark arbeitenden Menschen, also genau das Doppelte.

Daraus ist nun eine wichtige Schlußfolgerung zu ziehen. Wenn nämlich die Gesamtmenge der Kalorien je nach der Arbeit verschieden, die Eiweißmenge aber für alle Menschen gleich ist, so muß die Nahrung körperlich nicht oder nur leichter arbeitender Menschen relativ eiweißreicher sein, da sie die gleiche absolute Eiweißmenge in einer kleinern Menge von Gesamtnahrung enthalten muß. Die eiweißreichsten Nahrungsmittel sind nun, wie schon erwähnt, Fleisch und andre aus dem Tierreich stammende Produkte. Wir sehen denn auch, wie die Nahrung um so reicher an Fleisch wird, je weniger Muskelarbeit der Mensch leistet. Vergleicht man verschiedene Völker oder verschiedene Entwicklungsstufen eines und desselben Volkes, so zeigt sich immer: in dem Maße, in dem die reine Hand- und Muskelarbeit durch die Kopfarbeit oder durch die Arbeit an der von Menschen nur beaufsichtigten Maschine ersetzt wird, in dem Maße nimmt der Fleischgenuß zu. Am deutlichsten wird das, wenn man ländliche und städtische Bevölkerung vergleicht. Auch die moderne industrielle Arbeiterbevölkerung lebt „von ihrer Hände Arbeit". Aber diese ist durchaus anders als die der Landarbeiter. Die Beaufsichtigung und Lenkung komplizierter Maschinen erfordert, wie jede andre qualifizierte Arbeit, Aufmerksamkeit, Intelligenz und Geschicklichkeit, aber nicht entfernt so viel Muskelkraft wie Mähen, Dreschen, Holzfällen. Also ändert sich für jenen auch Menge und Art der Arbeit. Die städtische Bevölkerung ißt im ganzen weniger, aber diese Nahrung ist qualitativ anders, eiweißreicher, also mehr Fleisch und Animalien enthaltend. Um es ganz deutlich zu machen, noch ein Beispiel: Ein Landarbeiter N. leistet schwerste Muskelarbeit; er bedarf daher einer Nahrung, die ihm 5000 Kalorien liefert. Wenn er nur von Brot, Kartoffeln und andern Vegetabilien lebt, so erhält er in den 5000 Kalorien mühelos 100 Gramm Eiweiß, ja mehr. Später kommt der Mann in eine Stadt zu einer sitzenden Beschäftigung. Er bedarf daher nur noch 2500 Kalorien. Behält er nun seine ländliche Nahrung, ihrer Zusammensetzung und Menge nach, bei, so kann das sein Körper auf die Dauer nicht bewältigen; schränkt er sie aber in der alten Zusammensetzung auf die Hälfte ein, so bekommt er auch nur die Hälfte, etwa 50 Gramm Eiweiß. Er muß daher, um die fehlenden 50 Gramm zu erhalten, mehr animalische Stoffe, zum Beispiel 250 Gramm Fleisch, hinzufügen.

Aus alledem ergibt sich nach Cohnheim, daß der Genuß von Fleisch und andern eiweißreichen Nahrungsmitteln für die Klasse, die das Gros der städtischen Bevölkerung ausmacht, also die Arbeiter, eine physiologische Notwendigkeit und keine unerlaubte Begehrlichkeit ist.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† **Zuzug ist fernzuhalten** nach **Augsburg, Andernach** (Malzfabriken), **Donauwörth, Liegnitz, Moos** (N.-B.), **Nordhausen** (Brennerei Fr. Degen).

† **Der „Doornkaat"-Schnaps** ist **boykottiert.** Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses! Besonders in Rheinland-Westfalen wird noch viel „Doornkaat" konsumiert und sollten die dortigen Kollegen dem Boykott mehr Beachtung schenken.

† **Köln.** Den **Tarifvertrag** der Brauereien von Köln und Umgebung hat auch die Brauerei Firmenich in Hürth am 23. Oktober unterschriftlich anerkannt und vom 15. Juni an alles nachbezahlt.

† **Weida. Tarifvertrag.** Ein Tarifvertrag wurde mit der Brauerei Braugemeinde abgeschlossen. Die erzielten Verbesserungen sind: Arbeitszeitverkürzung täglich 2 Stunden, Lohnerhöhung 3 bis 4 Mk. wöchentlich, für Bierfahrer außerdem 5 Mk. Fahrgeld monatlich, für Sonntagsdujour 2 Mk., 3 Tage Urlaub jährlich ohne Lohnabzug, bei militärischen Uebungen erhalten Verheiratete zwei Drittel, Ledige die Hälfte des Lohnes 14 Tage lang, bei Krankheiten 8 Tage vollen Lohn, am 1. Mai haben die Arbeiter einen halben Tag frei. — Wenn auch die Direktion glaubte, die Organisation auszuschalten, so haben die Kollegen doch die Genugtuung, daß die Forderungen der Organisation voll anerkannt wurden. Die Kollegen haben den Wert der Organisation kennen gelernt, sie werden sie hochhalten und ausbauen; der letzte Mann muß für den Brauereiarbeiter-Verband gewonnen werden.

Korrespondenzen.

Altenburg. Am 14. Oktober sprach in sehr gut besuchter öffentlicher Brauereiarbeiterversammlung Verbandsvorsitzender M. Etzel über das Thema: „Was lehrt den Brauereiarbeitern der Kampf in Augsburg?" Eingangs seiner Rede schilderte Referent, unter was für schwierigen Verhältnissen der Brauereiarbeiterverband in der Geburtsstätte der gelben Gewerkschaften Eingang gefunden hat, und was für traurige Lohn- und Arbeitsverhältnisse vordem in Augsburg bestanden. Von dem Augenblick an, wo der Brauereiarbeiterverband festen Fuß gefaßt, wurden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einigermaßen besser, es kam ein Tarif zustande, in welchem auch eine Arbeitszeit von 10 Stunden festgelegt wurde, früher war unbeschränkte Arbeitszeit. Aber nach einiger Zeit paßte es den Augsburger Brauereigewaltigen nicht mehr, sie erklärten, sie wollten Herr im Hause sein, kündigten den Tarif vor der Zeit und legten den Augsburger Kollegen einen nach ihren Anschauungen genügenden Tarif zur Unterschrift vor. Dieser Tarif war für die Kollegen unannehmbar. Nach diesem Tarif wußte man überhaupt nicht, wann die Arbeit begann und wann sie aufhörte, was man für Lohn bekam, ob man als voll- oder minderwertiger Arbeiter eingeschätzt würde, kurz und gut, er war unannehmbar. Die Kollegen unterschrieben diesen Tarif nicht, trotzdem es an Terrorismus seitens der Brauereibesitzer nicht fehlte, trotzdem durch Plakate bekannt gegeben wurde: Wer den Tarif nicht unterschreibt, wird auf zwei Jahre ausgesperrt. Und so war der Kampf unvermeidlich, die Aussperrung wurde wahr, und die Kollegen lagen mit einem Schlage auf dem Pflaster. Nun waren die Brauereibesitzer auf der Suche nach Streikbrechern, es wurde alles aufgeboten, sogar die Militärkommandos wurden ersucht, die zur Reserve entlassenen Soldaten, welche Brauer sind, nach Augsburg zu schicken, aber es haben sich trotz alledem keine Streikbrecher gefunden. Bloß die Brauerschule konnte mit ein paar „Blauen" aushelfen. Die Brauereien mußten bald einsehen, daß ihre eingerichteten Leute nicht sobald zu ersetzen waren. Geld spielte bei den Brauereigewaltigen keine Rolle und lieber schmeißen sie es zum Fenster hinaus, ehe sie ihren Arbeitern etwas bewilligen. Unsre Augsburger Kollegen nahmen den Kampf auf, sie wußten, um was sich der Kampf drehte: um Anerkennung der Organisation.

Es ist das Ringen zweier großer Organisationen; auf der einen Seite der Brauereiarbeiterverband um das Höchste kämpfend, was der Arbeiter braucht, um das Koalitionsrecht, auf der andern Seite der Brauereiring, welcher den Brauereiarbeiterverband nicht anerkennen will. Deshalb muß alles aufgeboten werden, um als

Sieger aus dem Kampfe hervorzugehen, koste es, was es wolle. Daß auch die Altenburger Kollegen dem Kampfe mit großem Interesse folgen, beweist die einstimmige Annahme folgender Resolution:

„Die heutige öffentliche Brauereiarbeiterversammlung spricht den um das Koalitionsrecht kämpfenden Augsburger Kollegen ihre wärmste Sympathie aus. Sie erwartet von der Verbandsleitung, daß sie diesen Kampf auf das energischste durchführt, und erklärt sich bereit, falls sie es für notwendig hält, zu jeder erforderlichen Unterstützung beizutragen.

In einem kräftigen Schlußwort appellierte Kollege Etzel an die Versammlung, was sie in der Resolution kundgegeben, zu jeder Zeit zu halten.

Berlin. Standesdünkel und Geschäft. Das „Standesbewußtsein" hochzuhalten und die Pflege desselben ist angeblich eine der Aufgaben des Bundes deutscher Brauergesellen. Die Hochhaltung des Standesdünkels heißt in diesem Falle Fernhaltung von modernen Arbeiterorganisationen, das Bestreben, modern organisierte Arbeiter verachten zu lernen. Wenn aber Bundesmitglieder ihren Beruf aufgeben und Restaurateur werden, dann vergessen sie auch manchmal ihre „Erziehung", wie das kürzlich hier in Oberschöneweide der Fall war.

Kaufte da jüngst das langjährige, in der Schultheißbrauerei beschäftigte Bundesmitglied St. eine Gastwirtschaft, in welcher nur organisierte Arbeiter verkehren. Sofort ging sein ganzes Bestreben dahin, Mitglied des Sozialdemokratischen Wahlvereins zu werden. Nicht etwa aus Ueberzeugung, sondern aus Geschäftsrücksichten, um die Arbeiterkundschaft zu behalten; hatte er doch erfahren, daß die Arbeiter wenig Lust zeigten, bei jemandem zu verkehren, der einer Organisation angehört, welche es sich zur Aufgabe gemacht, die moderne Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Hatte nun besagtes Bundesmitglied bei seinem Austritt aus dem Betriebe erklärt, daß er dem „Bunde treu bleiben" werde, so fiel es ihm doch nicht schwer, ein Schreiben des Vorstandes beizubringen, daß er ausgetreten sei, und so glaubte er nun die Bahn frei in den Wahlverein. Aber eins hatte der Gesinnungstüchtige vergessen: auch ein Schreiben des liberalen Bezirksvereins beizubringen, daß er auch dort ausgetreten sei. Und so muß er nun darauf verzichten, unter der Maske eines Genossen von den bei ihm verkehrenden Arbeitern die sauer verdienten „Arbeitergroschen" einzuheimsen und sich im stillen über die „Dummheit der Genossen" zu freuen.

Chemnitz. Eine öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung tagte am 13. Oktober in der „Hoffnung". Der Referent, Verbandsvorsitzender Martin Etzel aus Hannover, beschäftigte sich in fünfeinviertelstündigem Vortrag mit der Frage „Wie stellen wir uns zum Ablauf unsres Lohntarifs?" Redner besprach zunächst den jetzigen, fast einzig dastehenden Staffeltarif und die für die einzelnen Kategorien bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen, die für eine Stadt wie Chemnitz, die in der Lebensmittelteuerung mit an erster Stelle steht, bei weitem nicht ausreichend sind. Auch die lange Arbeitszeit (namentlich die der Vierfahrer) müsse verkürzt werden, denn was zum Beispiel in Ostfriesland, Schleswig-Holstein, Baden usw. bei 9- und 9½stündiger Arbeitszeit möglich sei, dürfe in Chemnitz, wo die Brauereiarbeiter bis zu 95 Prozent organisiert sind, nicht unmöglich sein. Redner streifte dann den Kampf der Brauereiarbeiter in Augsburg, wo die Unternehmer glaubten, mit Hilfe der gelben Streikbrecherorganisation den Brauereiarbeiter-Verband vernichten zu können. Solange ein Brauereischornstein raucht, wird es auch organisierte Brauereiarbeiter geben.

In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner für Kündigung des bestehenden Tarifs aus. Namentlich müßte etwas Einheitliches geschaffen werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß der zurzeit geltende Lohn- und Arbeitstarif den heutigen Verhältnissen nicht mehr entspricht. Die Versammlung wolle beschließen, den Tarif zu entsprechender Zeit zu kündigen und beauftragt das Agitationskomitee mit der Kündigung des Tarifs.

Des weiteren spricht die Versammlung den kämpfenden Brauereiarbeitern in Augsburg die lebhafteste Sympathie aus. Sie erklärt, daß die Chemnitzer Brauereiarbeiter jedes Opfer zu bringen bereit sind, um diesen Kampf zum siegreichen Ende zu bringen. Die Versammlung gibt der Hauptvorstandschaft anheim, Vorsorge zu treffen, daß in Voraussicht der kommenden Lohnbewegungen durch diesen Kampf unter keinen Umständen die Kampfmittel des Verbandes geschmälert werden dürfen".

In seinem Schlußwort ermahnte Kollege Etzel, alle persönlichen Streitigkeiten in den Hintergrund zu stellen, sowie den Führern der Bewegung das größte Vertrauen entgegenzubringen, denn nur so könnten unsre gerechten Forderungen zu einem siegreichen Ende geführt werden. Mit der Aufforderung, künftige Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, und auch den letzten Indifferenten der Organisation zuzuführen, wurde die Versammlung geschlossen.

Dresden. Eine gutbesuchte Versammlung tagte am 13. Oktober im „Trianon". Hauptvorstand Kollege Etzel referierte über das Thema: „Welche Perspektive eröffnet der Kampf in Augsburg für die gesamten Brauereiarbeiter und speziell für den Brauereiarbeiterverband?" Redner besprach die Entwicklung des Brauereiarbeiterverbandes, welcher zu einem Machtfaktor geworden sei und auch von den meisten Unternehmern als gleichberechtigter Kontrahent anerkannt werde. Trotzdem fehle es nicht an Versuchen der Unternehmer, den früheren „Herrn-im-Hause"-Standpunkt wieder aufzurichten. Das beweise der jetzt in Augsburg sich abspielende Kampf, wo die Unternehmer, die zu dem Brauereiarbeiterverband in einem tariflichen Verhältnis standen, unter Ausschaltung der Organisation mit den Arbeitern selbst einen Tarif abschließen wollten. Der den Arbeitern seitens der Unternehmer vorgelegte Tarif ist ein Monstrum und bedeutet eine kühne Zumutung an die Arbeiter. Des Boykottschutzverbandes Verhalten müsse auffallen, der nach seinen Satzungen die Unterstützung dem Augsburger Unternehmertum nicht zuteil werden lassen dürfte. Sehr vorteilhaft steche die Objektivität und Zurückhaltung der bayerischen Behörden in diesem Kampfe gegenüber den norddeutschen Behörden ab. Trotzdem daß die Bierversorgung nach Augsburg mit großen Kosten verbunden ist, so wird uns dies nicht abhalten, den Kampf mit aller Schärfe durchzuführen. Das Beispiel von Augsburg würde bei den Unternehmern Schule machen, wenn die Zumutung seitens der Arbeiter nicht zurückgewiesen werden könne, deshalb müßte und werde der Kampf mit aller Energie durchgeführt werden. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Brauereiarbeiter-Versammlung spricht den Augsburger Kollegen ihre wärmste Sympathie in ihrem Kampfe um die Anerkennung der Organisation aus. Sie ist sich der Bedeutung dieses Kampfes wohl bewußt und erwartet von der Verbandsleitung, daß er mit aller Schärfe durchgeführt wird, um den Scharfmachern im Brauereigewerbe die Lust zu weiteren derartigen Kämpfen für die Zukunft zu verleiden. Die Versammlung spricht ihre Bereitwilligkeit aus, wenn die Verbandsleitung es für notwendig hält, die zur erfolgreichen Durchführung des Kampfes erforderlichen Opfer mit zu tragen. Die wirksamste Waffe aber gegen solche Scharfmachergelüste erblickt die Versammlung in der unausgesetzten Stärkung der Organisation nach innen und nach außen. Ununterbrochene Arbeit zur gewerkschaftlichen Ausbildung der Mitglieder, rastlose Agitation, um die fernstehenden Berufskollegen dem Verbande zuzuführen, das ist angesichts des Augsburger Kampfes die ernste und heiligste Pflicht für den Brauereiarbeiterverband und für jeden einzelnen Brauereiarbeiter."

Flensburg. In der Versammlung am 12. Oktober gab zunächst der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Gesamteinnahme betrug 715,41 Mk., die Gesamtausgabe 225,93 Mk. An die Hauptkasse wurden abgeführt 313,87 Mk. Es schuldeten am Schlusse des Quartals 2 Mitglieder mit 8 Beiträgen. Der Mitgliederbestand war 64 männliche und 5 weibliche. Unser Gesellschafter erörterte die Situation des projektierten Gewerkschaftshauses und soll zum Frühjahr mit dem Bau begonnen werden. Das Gewerkschaftskartell stellt bei den Gewerkschaften den Antrag, die Beiträge auf 5 Jahre im voraus zu zahlen. Eine Agitationskommission wurde gewählt zur Verbreitung von Flugblättern, es soll wieder der Versuch gemacht werden, die Brauereiarbeiter zu organisieren.

Kassel. Die sehr gut besuchte Versammlung vom 20. Oktober nahm zunächst den Kassenbericht vom 3. Quartal entgegen. Danach betrugen die Einnahmen 1761,40 Mk., die Ausgaben 733,01 Mk. An die Hauptkasse wurden 1028,39 Mk. abgeführt. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Quartals 357. Sodann referierte Kollege Etzel-Hannover über „Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände unter besonderer Berücksichtigung des Augsburger Kampfes". Redner verbreitete sich eingangs seines Vortrags über den Werdegang der Arbeiterorganisationen, sowie der Unternehmerverbände. Seitens der Arbeiterschaft werde leider den Arbeitgeberorganisationen zu wenig Beachtung geschenkt. Hauptsächlich sei es der Boykottschutzverband, auf den unser ganzes Augenmerk gerichtet sein sollte, das lehrten die Vorgänge in Augsburg. Redner gibt sodann eine Schilderung des Augsburger Kampfes und führt den Anwesenden die Handlungsweise der dortigen Unternehmer, sowie der in Augsburg in großer Blüte stehenden gelben Gewerkschaft in markanten Worten vor Augen. Der Brauereiarbeiterverband habe schon größere Kämpfe geführt, aber an Heftigkeit komme dem Augsburger Kampf keiner gleich; die dortigen Kollegen kämpfen um ihr Koalitionsrecht, um die Anerkennung der Organisation. Trotzdem der Kampf mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist, wird der Brauereiarbeiterverband denselben doch bis zu Ende durchfechten; den Augsburger Brauereigewaltigen soll es nicht gelingen, die Organisation zu sprengen. Die Vernichtung der Augsburger Zahlstelle geht über die Trümmer mancher Brauerei. Folgende Resolution fand sodann einstimmige Annahme:

„Die außerordentlich zahlreich im Gewerkschaftshause versammelten Brauereiarbeiter Kassels sind nach der ausführlichen Schilderung Etzels über den Kampf in Augsburg, wo lediglich um die Anerkennung der Organisation gekämpft wird, also in allererster Linie die Existenzberechtigung des Brauereiarbeiterverbandes in ganz Deutschland, also nicht zuletzt auch in Kassel, in Frage gestellt ist und wird, überzeugt, daß der Kampf bis zum befriedigenden Ende durchgekämpft werden muß. Sie sprechen ihren kämpfenden Augsburger Kollegen die vollste Sympathie aus und verpflichten sich, zum Zeichen der Solidarität für diesen Kampf einen wöchentlichen Extrabeitrag von 20 Pfg. bis auf weiteres zu hinterlegen.

Der Hauptvorstand wird beauftragt, sofort die Erhebung eines Extrabeitrages innerhalb des Brauereiarbeiterverbandes in die Wege zu leiten."

Luxemburg. In der Versammlung am 20. Oktober wurde u. a. die Handlungsweise des Braumeisters F. Mauerer von der Brauerei Eich scharf kritisiert. Täglich mehreremal nennt er die Arbeiter, die alle organisiert sind, „Saubande", „Hottentottenbande" und dergl. und bei jeder Gelegenheit droht er mit dem Hinausschmeißen. Wie er sich äußerte, muß „die ganze Bande" über den Winter hinausfliegen, damit er seinem Nachfolger einen ganz neuen Boden hinterlassen kann. Die Arbeiter werden durcheinander gehetzt, und wenn sie dann miteinander zu streiten anfangen, dann wird die Gendarmerie alarmiert, um die vom Braumeister aufgereizten Kollegen verhaften zu lassen, welches er scheinbar in den zwei Monaten, wo er noch da ist, so lange machen will, bis „die ganze Bande" draußen ist. Es geschah dies erst in der vergangenen Woche, wo sofort drei Gendarmen im Hofe standen und ein Kollege sofort entlassen wurde. Es ist dies ein gefährliches Beginnen und wenn der Braumeister Mauerer mit seinem Schikanieren nicht nachläßt, würden wir zu weiteren Schritten gezwungen sein, um Ruhe und unser Recht zu erhalten.

In der Brauerei Funk-Bricher meinte auch der Braumeister Feierling die Arbeiter unterdrücken und vom Verbande abhalten zu können, jedoch ohne Erfolg, denn die Kollegen haben ihr Elend eingesehen und sind zum Verband übergetreten, welches Herr Feierling ihnen nun auch „erlaubt", nachdem Hipp-Freiburg die erwünschte Ware nicht mehr liefern kann. Aber eine bessere Behandlung der Arbeiter müßte sich Herr Feierling entschieden bald angewöhnen, das Schikanieren und die „feinen" Titulationen unterlassen. Er hätte vor allen Dingen bei sich Einkehr zu halten, denn wenn ein organisierter Arbeiter schon einige Male den Abschied eingereicht, auch schon einige Male den Abschied erhalten oder sogar gelegentlich eines Abschiedsgesuchs von der „weiblichen Direktion" eine Ohrfeige erhalten hätte, der würde nicht mehr in der Brauerei herumlaufen.

Aber auch an den Kollegen Luxemburgs fehlt es viel, da man schon etliche Male keinen luxemburgischen Arbeiter in der Versammlung gesehen hat, außerdem, wenn sie den Verband in gewissen Fällen gebraucht haben, und dann ist es wieder fertig. Die Kollegen Luxemburgs sollten die Worte eines Braumeisters beherzigen: „Wenn ihr nicht wißt, wohin ihr gehört, so gehört ihr mit dem Schaufelstiel dorthin geschlagen!" Deshalb hinein in den Verband, nur dort ist eure Lebensverbesserung zu suchen und auch zu finden!

München. In der Schrammbrauerei werden organisierte Arbeiter durchaus gar nicht gern gesehen. Dieserhalb versuchte der dortige Braumeister Joseph Schinabeck, ein Sprößling der Münchener Löwenbrauerei, die bei Schluß der Malzperiode angestellten vier Brauer nicht mehr einzustellen, sondern sich Leute von dem Bundesvorsitzenden Gleixner der Löwenbrauerei verschreiben zu lassen. Die Nichtwiedereinstellung begründete der Braumeister damit, es hätten sich die Arbeiter nicht ordnungsgemäß angemeldet, auch wären die Leistungen nicht genügend, und ein Arbeiter habe ihm mit Erstechen gedroht.

Der vollständig falsch angeschuldigte Arbeiter hat nun den Braumeister Schinabeck vor das Vermittlungsamt laden lassen wegen Beleidigung, wo der Braumeister dann zu Protokoll geben mußte, er könne die Anschuldigungen gegen den Arbeiter nicht aufrecht erhalten, seine Gnädige habe die falschen Gerüchte aus dem Metzgerladen erhalten, und nehme die Aeußerungen zurück. — Was hätte die Schrammbrauerei getan, wenn ein Arbeiter den Braumeister so geächtet hätte, würde der Arbeiter auch noch die Ehre haben, im Betriebe zu bleiben?

Mit einer blamablen Niederlage ist nun der Plan des Braumeisters, die Organisierten hinauszuekeln und die Bundesgesellen als Schützer der Brauerei zu erhalten, gescheitert. Von seiten des Verbandes wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, doch hat die Brauerei es vorgezogen, am Tage des angesetzten Termins den Vorsitzenden des Gewerbegerichts anzutelephonieren, daß sie die drei oder vier tarifwidrig eingestellten Bundesgesellen entlasse und die vier organisierten Arbeiter sofort in die Brauerei aufnehme. Somit war es mit der Großsprecherei der Gelbblauen in der Löwenbrauerei wieder einmal nichts.

Regensburg. Der sich Maschinist nennende Ludwig Schießl, Sternbrauerei, Regensburg, ist schon von der Obermünsterbrauerei als Denunziant bekannt. Eine Zeitlang, bloß einige Monate, hatte er Regensburg verlassen und war in einer Schloßbrauerei bei München beschäftigt. Auch dort konnte man ihn nicht als brauchbar schätzen. Nun hat Herr Joseph Bergmüller die Ehre, diesen Maschinisten zu beschäftigen. In dieser Brauerei traktierte er seinen Heizer so stark, daß dieser Mann es vorzog, trotzdem derselbe verheiratet ist und eine große Familie hat, dieses Eldorado zu verlassen. Vor kurzem mußte der Heizer an einem Sonntag den Kessel heizen. Als derselbe schon länger wie vier Stunden Kohlen verbrannt hatte, nahezu 20 Zentner, da fiel es dem Herrn Schießl ein, dem Heizer zu sagen, er hätte überhaupt nicht zu feuern brauchen, obwohl er am Tage vorher dem Heizer das Feuern für Sonntag aufgegeben hatte. Die Sternbrauerei hatte in diesem Jahre schon mehr wie 23 Heizer, und sie wird schon noch mehr brauchen, zumal wenn Herr Bergmüller meint, er braucht keine Ueberstunden zu bezahlen. Für das unnütze Kohlenverbrennen eines unvernünftigen Maschinisten könnte Herr Bergmüller recht gern einen richtigen Maschinisten halten, und seine Maschinenanlagen würden vielleicht besser erhalten bleiben, als wie wenn jeden Tag ein anderer Heizer im Betriebe ist.

Stettin. Eines sehr guten Besuches erfreute sich unsre Versammlung am 20. Oktober im Gewerkschaftshaus, Bismarckstraße 10. Kollege Harzenetter hielt einen Vortrag über das Thema: „Was haben die Arbeiter in unserm Beruf zu tun, wenn sie das von der Organisation gesteckte Ziel erreichen wollen?", der von den Kollegen mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Nachdem teilte Kollege Boldt mit, daß in zwei Brennereien, wo jetzt Lohnabschluß gemacht wurde, für jeden Kollegen 4—5 Mk. pro Woche erzielt wurden. Mithin wären diesen beiden Unternehmern wieder aufs Jahr 7000 Mark für ihre Arbeiter abgerungen. Die Kollegen haben es schnell einsehen gelernt, daß die Organisation für sie strebt und sorgt, darum streben sie auch unaufhaltsam vorwärts. Das geht schon daraus hervor, daß die junge Organisation für die streikenden Tabakarbeiter in Gießen 69,50 Mk. gesammelt hat. Es wurden am Schluß wieder drei Mitglieder aufgenommen.

Rundschau.

— **Der „Deutsche Maschinist und Heizer"** hat sich schon wiederholt mit Lohnbewegungen des Brauereiarbeiterverbandes beschäftigt in einer Art, die Aufrichtigkeit und Sachkenntnis durchaus vermissen läßt. Wir haben bisher dazu geschwiegen lediglich im Organisationsinteresse und im Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Doch da dortseits mit den veröffentlichten handgreiflichen Unwahrheiten hausieren gegangen wird, wird seitens unsrer Mitglieder anläßlich des letzten Falles verlangt, daß die Unwahrheiten richtiggestellt werden. Im „Deutschen Maschinist und Heizer" Nr. 20 vom 27. September steht folgendes:

Die Lohnbewegung der Brauereiarbeiter von Köln.

Im Frühjahr dieses Jahres glaubten die Brauereiarbeiter von Köln die Zeit für gekommen, um in eine allgemeine Lohnbewegung einzutreten. Hatten sie doch, im Jahre 1905, eine gewaltige Schlappe erlitten, die fast zur Auflösung der Kölner Zahlstelle führte. Mittlerweile hatte sich die Organisation erholt und reichte demzufolge ihre Forderungen ein. Anfangs hatte man auch den Zentralverband der Maschinisten und Heizer zu den Beratungen zugelassen, später glaubte man, weil wir nur mit 8 bis 10 Kollegen in Frage kamen, uns beiseite schieben zu können, auch waren die Vertreter der Maschinisten und Heizer etwas zu kampfeslustig. Man überließ uns deshalb keinen Sitz in der betreffenden Kommission, die mit den Unternehmern verhandelte. Ja man stellte uns in einer öffentlichen Versammlung, in der wir für unbedingtes Festhalten der Forderungen propagierten, als außer der Organisation stehend hin. Dieser Tage ist nun der abgeschlossene Tarif veröffentlicht worden, der den Brauereiarbeitern pro Woche durchschnittlich 2,50 Mk. Lohnerhöhung brachte, während für Maschinisten und Heizer nur 25 Pf. pro Woche herauskamen. Es ist geradezu eine Verhöhnung der Maschinisten und Heizer. Beschämend ist es aber für den Brauereiarbeiter-Verband, daß er einer „solchen Lohnerhöhung" seine Zusage gab. Die Kollegen in den Brauereien können aus dem Verhalten des Brauereiarbeiter-Verbandes ersehen, wie er die Interessen der Maschinisten und Heizer vertreten hat, man kann sagen „zertreten" hat. Für sie gilt heute die Parole, heraus aus dem Brauereiarbeiter-Verband, hinein in den Zentralverband der Maschinisten und Heizer, nur er ist in der Lage, eine wirkliche Besserung unsrer Lage zu erkämpfen. . . . .

Otto Mathis, Bezirksleiter.

Vom moralischen Standpunkt aus wollen wir uns ein Eingehen auf das Vorstehende versagen. Diese Seite zu beurteilen überlassen wir dem Leser selbst. Es kennzeichnet sich darin eine Manier, die man vom „Courier" gelernt zu haben scheint und von diesem in die Gewerkschaftsbewegung hineingetragen wurde. Wir wollen lediglich Tatsachen feststellen, soweit Behauptungen in Frage kommen:

Als die Zahlstelle Köln des Brauereiarbeiterverbandes sich mit der Frage der Lohnforderung zu beschäftigen begann, wurde der Vorsitzende Weiß des Heizer- und Maschinistenverbandes zur ersten Lohnkommissionssitzung von unserm Vorsitzenden Huber per Karte eingeladen. Weiß erschien nicht. Huber traf Weiß in der langen Zeit noch öfter persönlich, aber Weiß zeigte kein Interesse, dabei zu sein, obwohl er wußte, daß die Lohnbewegung im Flusse ist, und selbst zugibt, daß er die Karte erhalten hat. Unserseits wurde deshalb von den Maschinisten und Heizern, die dem Brauereigrbeiterverband angehörten, ein Mann in die Lohnkommission gewählt. In der beregten öffentlichen Versammlung, von welcher der „Deutscher Maschinist und Heizer" schreibt, waren auch die Vertreter des Maschinisten- und Heizerverbandes, speziell der Bezirksleiter Mathis und der Vorsitzende Weiß anwesend. Es fiel niemandem ein, das Verlangen zu stellen, daß sie an den Verhandlungen teilnehmen wollten. Sonderbar wäre es allerdings erschienen, nachdem man der Einladung nicht gefolgt war. Der Bezirksleiter Mathis hüllte sich in der Versammlung in tiefes Schweigen, und der Vorsitzende Weiß stand auf schrie in die so schon aufgeregte Menge hinein: Kampf, Kampf usw.! Das war — kein Heldenstück! Es war aber die ganze Leistung der Vertreter des Maschinisten- und Heizerverbandes während der Lohnbewegung.

Nun zur Lohnerhöhung! Die Lohnerhöhung nach dem Tarif beträgt für die meisten Maschinisten und Heizer **5 bis 6 Mark pro Woche,** diejenigen, die den Lohn von 27 bezw. 29 Mk. schon hatten, erhalten laut Tarif **2 Mark** wöchentlich Zulage. Eine Lohnerhöhung von 25 Pf. pro Woche besteht nur in der Phantasie des Bezirksleiters Mathis. Tatsächlich haben wir aber festgestellt, daß einige den tarifmäßigen Lohn nicht erhielten. Das liegt aber doch nicht am Tarif, sondern daran, daß die betreffenden nicht organisiert waren und die Brauereien glaubten, es ihnen bieten zu können. Soweit darin noch nicht Wandel geschaffen ist, wird es geschehen, sobald die betreffenden die Organisation gefunden haben, die ihnen zu ihrem Recht verhelfen wird. Das bestätigen auch die 15 Aufnahmen an Maschinisten und Heizern in den Brauereiarbeiterverband, die wir seit dem Artikel im „Deutschen Maschinisten und Heizer" zu verzeichnen hatten.

— **Die Kgl. bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan als Streikbrechervermittlerin.** Folgender, abgekürzt wiedergegebener Brief wurde einem in der Staatsbrauerei Weihenstephan vorgemerkten Kollegen von dieser zugesandt:

Aktienbrauerei Augsburg vorm. J. M. Vogtherr.

Augsburg, den 14. September 1907.

Herrn N. N.

Durch die Staatsbrauerei Weihenstephan erfuhr ich, daß Sie eine Burschenstelle suchen. Wenn Sie Lust haben, so können Sie sofort bei uns als Mälzer eintreten. . . . Sollten Sie gewillt sein, die Stelle anzunehmen, so bitte ich Sie um Drahtnachricht, denn sonst würde die Stelle anderweitig besetzt werden. Der Eintritt müßte bis längstens 17. September erfolgen.

Sollten Sie Kündigungsfrist haben, so teilen Sie mir sofort mit, wann der Eintritt erfolgen könnte.

Hochachtungsvoll

Franz Lichtmannegger,

Brauführer.

Die Staatsbrauerei kann also das Streikbrechervermittlungsgeschäft immer noch nicht lassen, denn gewußt hat sie doch sicherlich davon, daß die Brauereiarbeiter in Augsburg im Kampfe stehen, der dazu noch frivol von den Unternehmern heraufbeschworen wurde. Man sollte doch im bayerischen Landtag diese Praktiken gebührend an den Pranger stellen und den maßgebenden Herren dieses staatlichen Instituts zum Bewußtsein bringen, daß dieses unsaubere Geschäft nicht ihres Amtes ist.

Von dem Brauführer Lichtmannegger wäre aber billiger- und gerechterweise zu verlangen, daß er in seinem Schreiben angibt, daß die betreffenden Kollegen Streikbrecherdienste verrichten sollen, damit sie sich danach richten können und nicht ins Ungewisse hinein ihr Geld nutzlos verfahren, wenn sie ehrlich genug sind, diese Dienste abzulehnen. An wem sollen sie sich dann schadlos halten? Oder ist es darauf abgesehen, sie event. in eine Zwangslage zu bringen, um sie zu einer ihnen widerstrebenden Handlung geneigt zu machen? Dieser Kollege hat allerdings das Angebot abgelehnt, weil er durch unsre Zeitung von der Sachlage unterrichtet war, im andern Falle wäre er der Geschädigte gewesen. Wenn man also Streikbrecher haben will, dann habe man auch die Ehrlichkeit, dieses mitzuteilen. Dann würde der Ertrag dieser Bemühungen höchstwahrscheinlich auch ein viel geringerer sein.

— **Der Gauleiter Bender vom Transportarbeiterverband** hat auf unsre offene Anfrage in Nr. 40 der „Brauereiarbeiterzeitung", ob der Bericht in der „Bundes-Zeitung" Nr. 38 über ein Referat Benders den Ausführungen Benders entspricht, bisher noch keine klipp und klare Antwort in der einzig möglichen und jeder Deutung ausschließenden Form gegeben, die nur darin bestehen kann, der „Bundeszeitung" eine Berichtigung zuzusenden und die Aufnahme derselben event. zu erzwingen, wenn der Bericht falsch war. Bender flüchtet sich in den „Courier". Das ist uns nicht maßgebend, denn danach müssen wir annehmen, daß Bender Ursache hat, von einer Berichtigung in der „Bundeszeitung" Abstand zu nehmen. Es gibt für Bender keinen anderen Ausweg, entweder in der „Bundeszeitung" eine jeden Zweifel ausschließende Berichtigung zu bringen, oder aber er gibt zu, daß sie richtig berichtet hat. In letzterem Falle werden wir uns dann recht eingehend mit den Ausführungen Benders beschäftigen, und auch die famose Art seiner Antwort in Nr. 29 des „Courier" und noch manches andre in den Bereich unsrer Betrachtungen ziehen. Also bitte Herr Bender, recht bald!

Heute schon wollen wir Bender darauf aufmerksam machen, daß nicht Kollege Unger die offene Anfrage stellte, denn das ist nicht mehr Ungers Sache.

— **§ 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches.** Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß in den Aufzeichnungen über die Vereinbarungen auf Grund des § 616 B. G.-B. in Nr. 41 der „Brauereiarbeiter-Zeitung" Heilbronn fehlt, in welchem Tarif vereinbart ist: auf die Dauer von zwei Wochen bei militärischen Uebungen die Hälfte des Lohnes und bei Krankheit zwei Drittel unter Anrechnung des Krankengeldes.

— **Hygiene und Sterblichkeit in München.** Der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt München hat soeben eine Schrift über die hygienischen und sozialen Fürsorgebestrebungen in dieser Stadt herausgegeben, in der er auch auf die durch diese Bestrebungen stark herabgeminderte Sterblichkeit hinweist. Insbesondere trifft dies auf die Säuglingssterblichkeit zu. Während im Jahre 1886 von 100 Lebendgeborenen in München noch 33,2 im ersten Lebensjahre wieder starben, war diese Ziffer 1896 auf 25,6 und 19,6 gesunken. Als Maßnahmen, die diese günstigen Resultate erzeugt haben, werden in der Schrift bezeichnet:

1. Bessere Beaufsichtigung der Kostkinder;
2. Errichtung einer Zentrale für Säuglingsfürsorge mit Auskunftsstelle und 21 Säuglingsbewahrungsstellen.
3. Errichtung mehrerer Säuglingsmilchküchen, sowie die Errichtung einer Speiseanstalt für arme stillende Mütter.
4. Das Säuglingsheim und das Gisela-Kinderspital, in dem auch Gelegenheit zur Ausbildung in der Säuglingspflege geboten ist.
5. Die Betonung der Bedeutung des Selbststillens.
6. Die Bestrebungen des Vereins „Mutterschutz", München.

Von Bedeutung ist außerdem die Tätigkeit einer Anzahl sonstiger Vereine, Krippenanstalten, die Verbreitung von Merkblättern, und die Einführung der Generalvormundschaft. 597 in öffentlichen Kursen dafür vorbereitete Frauen waren zuletzt als Vormünder im Amte.

Zweifellos sind die hier erzielten Erfolge sehr erfreulich und anerkennenswert und weisen uns die Wege, auf denen, neben der allgemeinen Hebung des Volkswohlstandes, es möglich ist, der großen Verschwendung an Nationalkraft und Reichtum durch die Säuglingssterblichkeit Einhalt zu tun. Bekanntlich hat ja Deutschland den traurigen Ruhm, mit Ausnahme von Oesterreich-Ungarn und Rumänien, in bezug auf die Sterblichkeit seines jungen Nachwuchses „in der Welt voran" zu sein. Eine Bekämpfung dieses Uebelstandes tut uns also bitter not. Auch die Münchner Ziffer des letzten Jahres ist ja noch keineswegs eine besonders günstige, wenn sie auch mit 19,6 etwas hinter dem Reichsdurchschnitt (20,5 in 1905) zurückbleibt. Bedeutend niedriger ist die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre in folgenden Ländern resp. Großstädten: Frankreich 14,4 (Paris 11,1), England 12,8 (London 13,1), Schweiz 12,9 (Zürich 11,3), Schweden 9,3 (Stockholm 10,7), Norwegen 7,6 (Kristiania 12,0) auf je 100 Lebendgeborene.

Auch die allgemeine Sterblichkeit ist in München, wie oben erwähnt, stark zurückgegangen. Infolge der Einführung des Schlachthauses ist der Typhus fast ganz verschwunden; auch andre Infektionskrankheiten, so die Diphtherie — zumal nach der Einführung des Heilserums —, der Scharlach, die Lungentuberkulose haben sich stark vermindert. Es kamen auf je 1000 Einwohner:

	Sterbefälle überhaupt	an Typhus	an Diphtherie	an Lungen-Tuberkulose
1871	41,6	1,3	1,3	6,1
1881	32,4	0,2	1,7	3,9
1891	27,6	0,07	1,0	3,3
1901	22,2	0,05	0,2	2,7
1906	18,0	0,02	0,2	2,5

Wie der Bericht mit Stolz hervorhebt, darf infolge dieser niedrigen Sterberate München heute als eine der gesundesten Städte Deutschlands betrachtet werden.

— **Lebensmittelpreise.** Nach den vergleichenden Darstellungen, die das „Reichsarbeitsblatt" bringt, kostet:

Schweinefleisch in Berlin	das	Kilogramm	1.25 Mk.
„ „ Wien	„	„	0,96 „
Rinderfilet in Berlin	„	„	2,26 „
„ „ Wien	„	„	1,34 „
Rinderbrust in Berlin	„	„	1,30 „
„ „ Wien	„	„	1,05 „
Kalbskeule in Berlin	„	„	1,74 „
„ „ Wien	„	„	1,26 „
Hammelkeule in Berlin	„	„	1,62 „
„ „ Wien	„	„	1,21 „
Schweinerücken in Berlin	„	„	1,66 „
„ „ Wien	„	„	1,32 „
Roggenbrot in Berlin	„	„	0,23 „
„ „ Wien	„	„	0,21 „
Weizenbrot in Berlin	„	„	0,41 „
„ „ Wien	„	„	0,23 „

Lediglich Zucker, Kaffee, Salz und Kartoffeln sind in Berlin etwas billiger als wie in Wien, die Hauptnahrungsmittel dagegen, Fleisch und Brot, sind in Berlin erheblich teurer.

Von Interesse ist auch eine Statistik, die der „Preußische Beamtenverein in Breslau" aufgenommen hat. Als Grundlage für die Aufstellung dienten Auskünfte, die bei Firmen und Geschäftsleuten eingeholt sind, sowie die von Vereinsmitgliedern seit vielen Jahren geführten Wirtschaftsbücher. Die „Schles. Ztg." bringt über die Erhebung folgende Mitteilungen:

„Die Preissteigerungen für Brot, Fleisch und Milch brauchten nicht ermittelt zu werden, da aus andern Erhebungen feststeht, daß sie um 10 bis 20 Proz. gestiegen sind. Von den sonstigen Lebensmitteln sind teurer geworden Butter um durchschnittlich 25 Prozent, Eier sind gestiegen um 28, Kartoffeln um 22, Mehl um 10, Obst um 14, Hülsenfrüchte um 27 bis 85, Gepräupe um 11 bis 20, Hirse um 45, Semmel um 27, Zwieback um 17, Heringe um 20 Prozent. Die Preise für Feuerungsmaterial sind um 15 bis 22, für Hausgeräte um 15 bis 20 Prozent in die Höhe gegangen.

Ebenso erfordert die gesamte Kleidung erheblich höhere Ausgaben. Männer- und Kinderhüte sind um 10 bis 25, Frauenhüte um 30, Leibwäsche um 33⅓, baumwollene Unterkleidung um 20 bis 25, wollene um 16 bis 28, Oberkleidung um 20 bis 50, Schuhwerk um 10 bis 25, Schirme, Handschuhe u. dergl. um 25 bis 28 Proz. teurer geworden. Außerdem sind die Wohnungen im Preise (um fast 25 Prozent), das Schulgeld ist um 20 Prozent erhöht, die Bücher sind durch Wegfall des Rabatts um 5 bis 10 Prozent teurer geworden."

— **Zur Verteuerung des Brotes.** Das Berliner Statistische Amt macht allmonatlich zweimal in 34 Bäckereien, welche über die ganze Stadt verteilt sind, Einkäufe von Roggen- und Weizenbrot und stellt daraus das Gewicht des Brotes fest, um die Bewegung der Brotpreise zu verfolgen. Die Ergebnisse dieser Ermittelungen liegen jetzt bis zur Mitte des Jahres 1907 vor. Um die Mitte des Jahres 1905 hatte die Verteuerung des Brotes begonnen. Das Roggenbrot besonders, welches in der minderbemittelten Bevölkerung eine große Rolle spielt, ist seit damals immer kleiner und leichter geworden. Das Durchschnittsgewicht des Fünfzigpfennigbrotes war in Berlin im Juni 1905 noch annähernd 2100 Gramm, im Juni 1906 dagegen nur noch rund 1850 Gramm, etwas über 1600 Gramm im Juni 1907. Auf das Kilogramm Roggenbrot stellte sich im Juni 1905 der Durchschnittspreis auf rund 24 Pf., im Juni 1906 schon auf mehr als 27 Pf. und sogar auf 31 Pf. im Juni 1907.

Die folgende Berechnung zeigt, wie diese Preissteigerung wirkt, wenn eine Familie noch vor zwei Jahren mit einem Brot pro Tag auskam, also sieben Brote pro Woche, hatte dieselbe im vorigen Jahre schon acht Brote nötig, wenn sie dasselbe Quantum Brot zu sich nehmen wollte wie früher. Um dasselbe Quantum Brot zu erhalten, muß sie in diesem Jahre schon neun Brote kaufen. Das ist gegenüber dem vorigen Jahre eine Mehrausgabe von 50 Pf., gegenüber dem vorvorigen Jahre eine solche von 1 Mk. Das Fünfzigpfennigbrot wiegt jetzt fast 500 Gramm gleich 1 Pfund weniger als vor zwei Jahren.

Abrechnung über die Aussperrung bezw. den Streik der Brauereiarbeiter in Memmingen

(Zahlstelle Augsburg)

vom 24. Juli bis zum 25. August 1907.

Einnahme:

Aus der Hauptkasse zugesandt erhalten	900,— Mk.
Summa	900,— Mk.

Ausgabe:

Unterstützung an die ausgesperrten und streikenden Kollegen	541,40 Mk.
Für abgereiste Streikende	78,10 „
Für Fortschaffung Zugereister	59,— „
Für Fernhaltung des Zuzugs	5,20 „
Für Flugblätter und Annoncen	17,50 „
Für Fahrgelder und Kontrolle	14,— „
Für Porto und Telegramme	8,90 „
Summa	724,10 Mk.

Bilanz:

Einnahme	900,— Mk.
Ausgabe	724,10 „

An die Hauptkasse zurückgesandt 175,90 Mk.

Memmingen, den 25. September 1907.

Osk. Schrembs, Gauleiter.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau Münzstr. 5, III., Hannover. — Fernspr. Nr. 5830

Vom 21. bis zum 27. Oktober gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Hannover 585,13. Alfeld 24,05. Celle 217,20. Schwetzingen 296,40. Dortmund 9,—. Fürstenwalde 56,77. Luxemburg 98,56. Kötzting 7,65. Ingolstadt 16,80. Karlsruhe 9,—. Ahrensburg 65,95. Itzehoe 5,60. Plauen 13,03. Schwenningen 273,25. Bamberg 381,20. Norden 43,85. Aalen 65,—. Thorn 36,95. Waldshut 17,74. Mülhausen i. Elsaß 373,58. Dortmund (für Bezirk) 22,15. Salzungen 46,92. Neubrandenburg 110,43. Wiesbaden 213,63. Mannheim 1167,15. Traunstein 329,72. Sonneberg 42,36. Rathenow 79,87. Preetz i. Holst. 84,45. Stuttgart 218,72. Neustrelitz 0,40. Eisenach 3,50. Ludwigshafen 407,39. Berlin II 10446,06. Leutkirch 12,65.

Für Inserate ging ein: Kulmbach 4,50. Ludwigsburg 2,70. Berlin 2,40. Nürnberg 1,40. Köln 5,—. Dortmund 2,70. Wiesbaden 1,20. Freiburg 1,80. Herne 5,80. Dortmund 1,50. Glauchau 2,10. Pforzheim 1,50. Stettin 1,80. Erkelenz 1,60. Uelzen 2,40. Nordhausen 1,20.

Die Abrechnung für das 3. Quartal haben eingesandt: Bochum, Aschaffenburg, Alfeld, Fürstenwalde, Luxemburg, Schwetzingen, Celle, Hannover, Blankenburg, Norden, Ahrensburg, Berlin II, Rothenburg, Eisenach, Thorn, Mülhausen i. Elsaß. Waldshut, Waren, Bamberg, Sonneberg, Frankenthal, Dessau, Rathenow, Traunstein, Salzungen, Preetz, Itzehoe, Neustrelitz, Mannheim, Schwenningen, Leutkirch und Stuttgart.

Material ist abgesandt: Segeberg 10 Mitgliedsbücher, 400 Marken a 45 Pf. und 200 Marken a 25 Pf. Essen 50 Mitgliedsbücher und 2000 Marken a 45 Pf. Harburg 1200 Marken a 45 Pf. und 200 Marken a 25 Pf. Celle 1200 Marken a 45 Pf. Bochum 400 Marken a 45 Pf. Aschaffenburg 1000 Marken a 45 Pf. Göttingen 600 Marken a 45 Pf. Einbeck 800 Marken a 45 Pf. Heidmühle 2000 Marken a 45 Pf. Rathenow 400 Marken a 45 Pf. Würzburg 50 Mitgliedsbücher und 200 Marken a 25 Pf. Thorn 50 Marken a 25 Pf.

---

* **Fragebogen** wurden vom 21. bis 27. Oktober von folgenden Zahlstellen eingesandt: Freising, Gera, Konstanz, Schwerin, Waldshut, Halle, Schwenningen, Bremen, Hamm, Greiz, Frankenthal, Aurich, Heilbronn, Neustrelitz, Kiel, Regensburg. Um Beschleunigung der Einsendung der noch ausstehenden Fragebogen wird ersucht.

* **Um Angabe des jetzigen Aufenthalts** des Brauers Friedrich Wilhelm Bähr, vor ca. 2 Jahren in Sommerfeld, ersucht der Hauptvorstand.

* **Gau II** (Sitz Hamburg). Vom 2. November ab sind alle Mitteilungen den Gau betreffend wieder an meine Adresse zu richten: H. Lutz, Hammerbrookstr. 83, 2. Etg.

* **Erfurt.** Vorsitzender Richard Tietz, Büchners Mälzerei (Vaterland).

* **München.** Herberge und Arbeitsnachweis des Brauereiarbeiterverbandes ist ab 1. November „Gasthaus Isarvorstadt", Korneliusstr. 32.

* **Regensburg.** Vorsitzender ist Jos. Wankerl, Pfarrergasse 135; Kassierer Ludw. Lehner, Karmeliten-Mälzerei. Die Vertrauensleute, welche Marken haben, werden ersucht, jedesmal bei Schrembs, „Goldener Krug", D 75, 4. Etage, einzubezahlen.

* **Reutlingen.** Zuschriften für den Vorsitzenden sind an den Kollegen Baisch, „Zum Federnsee", Untere Lederstraße, zu richten.

* **Wiesbaden.** Unterstützung zahlt Kollege August Derrmann, Bergstraße 4, wochentags von 7—8, Sonntags von 11—12 aus. Auch sind alle schriftlichen Zusendungen an obige Adresse zu richten.

Versammlungsanzeigen.

Aachen. Sonntag, 3. November, 2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Unorganisierte mitbringen!

Bamberg. Sonnabend, 9. November, 8 Uhr, im „Café Wittelsbach", Promenade.

Bochum. Sonntag, 3. November, 4 Uhr, bei Dickenbrock, Gr. Beckstr. 11.

Celle. Sonntag, 3. November, mit Vorstandswahl.

Düsseldorf. Sonnabend, 2. November, 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Bergerstr. 8.

Halberstadt. Sonntag, 3. November, 3 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Gerberstr. 15.

Halle. Sonntag, 3. November, 4 Uhr, bei Köppchen, Unterberg 12.

Hamm. Sonntag, 3. November, 2 Uhr, bei Höhnert, Königstraße.

Herford-Sundern. Sonntag, 3. November, 3 Uhr, öffentliche Versammlung aller in den Bierniederlagen, Brennereien, Destillationen und Mineralwasserfabriken beschäftigten Arbeiter im Lokal „Zur Hansabrücke". Referent: Supper-Bielefeld.

Hildesheim. Sonntag, 3. November, 11 Uhr vormittags, im „Gewerkschaftshaus".

Hof. Sonntag, 3. November, 2 Uhr, im „Friedrichsschlößchen".

Koblenz. Sonntag, 3. November, 3 Uhr, im Gasthaus „Zum goldenen Ring", Moselstr. 42.

Köln. Die Versammlung am 3. November findet nicht statt.

Leutkirch. Sonntag, 3. November, 2 Uhr, im „Gasthof zur Krone".

Magdeburg. Sonnabend, 2. November, 8½ Uhr, bei P. Küster, Fabrikenstr. 5/6. Referent: Kollege Unger. Unorganisierte mitbringen!

Minden. Sonntag, 3. November, 3 Uhr, im „Gewerkschaftshaus". Referent: Backert-Hannover. Alle Kollegen heranholen!

Mülhausen i. E. Sonntag, 3. November, 2 Uhr, im Lokal Pfeifer, „Zum Bahnhof", in Dornach.

Mülheim (Ruhr). Sonntag, 3. November, bei Hollenberg, Dickswall 10. Restanten bezahlen!

Nürnberg u. Umg. Sonntag, 3. November, 1 Uhr, in **Weiden**, Restaurant „Zur Eisenbahn"; abends 8 Uhr in **Amberg**, Restaurant Maximilian; Montag, 4. November, 8 Uhr, in **Sulzbach**, Restaurant Schlosser; Dienstag, 5. November, 8 Uhr, in **Hersbruck** im „Schmidtmeyer-Keller". Unorganisierte mitbringen, desgl. Mitgliederbücher zur Revision.

Oelsnitz i. V. Sonntag, 3. November, 2½ Uhr, im „Bergschlößchen", Oelsnitz.

Osnabrück. Sonntag, 3. November, vorm. 11 Uhr, bei Uffmann, Großestr. 53.

Regensburg. Sonnabend, 2. November. Referent: Wankerl.

Rottweil. Sonntag, 3. November, 2 Uhr, im Gasthaus „Zur Siegeshalle".

Rudolstadt. Sonntag, 3. November, 2½ Uhr, im „Gambrinus".

Stadthagen. Sonnabend, 2. November, 8 Uhr. Unorganisierte mitbringen!

Stendal. Sonntag, 3. November, 4 Uhr, im Lokal Karl Wendt, Elisabethstr. 3.

Vergnügungsanzeigen.

Langensalza. Sonntag, den 3. November, abends 7 Uhr, findet im Lokale Schloßkeller unser erstes Stiftungsfest statt. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht.

Erlangen. Am Sonntag, dem 16. November, abends 8 Uhr, findet im Kolosseum unsre diesjährige Stiftungsfeier statt, und laden wir hierzu unsre werten Mitglieder nebst Familienangehörigen, sowie die Kollegen der umliegenden Zahlstellen ein.

Inserate werden, um zeitraubende Schreibereien zu vermeiden, in Zukunft **nur nach vorheriger Bezahlung** aufgenommen, und zwar kostet ein einfacher Glückwunsch **2,10 M**, größere Inserate entsprechend mehr.

Nachruf.

Am 1. Oktober verstarb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Karl Hummeltei.**

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Verbandskollegen der Zahlstelle Wittenberge.

Alle Sort. Jagd- u. Luxuswaffen, sow. Fahrr. „Hubertus" kauft man am best. u. billigst. unt. 3jähr. Garant. dir. von d. weltbekannt. **Waffen-Fabrik Emil von Nordheim in Mehlis i. Thür.** Hauptkatal. Abt. I üb. Waff., Abt. II üb. Fahrr. vers. grat. u. frk. Ansichts-Send. a. Teilz. a. sich. Pers. gest.

Gutes niederbayerisches sogenanntes **Rotthaler Bauerngeselchts** versendet gegen Nachnahme per Pfund zu **1,10 M**

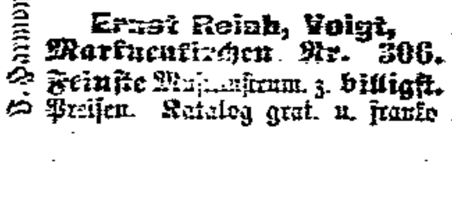
Achtungsvoll

X. Englmüller, Selcherei, Pfarrkirchen (Niederbayern).

Gebr. Witther

Copitz a. d. E. Amtsh. Pirna.

Versand von **wasserdichtem Lederfett,** der altbekannten **Holzschuhe** und **Mälzerpantoffeln.** Preise der Büchsen 10, 35, 60 ₰, 1,20 M.



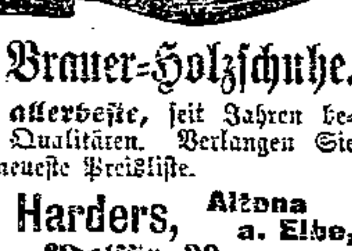
B. Dammont. Kall. Drell.

Ernst Reinh. Voigt, Markneukirchen Nr. 306. Feinste Musikinstrum. z. **billigst.** Preisen. Katalog grat. u. franko

Nervenschwäche,

deren Ursachen, Wesen und Heilung. Preisgekröntes, nach den neuesten Erfahrungen bearbeitetes Werk (viele Abbild.). Wirklich brauchbarer Ratgeber u. sicherer Wegweiser zur Heilung. Für M 1,60 in Briefm. zu bezieh. von Dr. med. **Rumler, Genf 878** (Schweiz).

Das **Nerven-Sanatorium „Silvana"** ist das ganze Jahr geöffnet, ausschl. für männl. Patienten. Erfolgreichste Heilmethoden, einzig in ihrer Art und Wirkung. Klima für Neurastheniker besonders günstig. Prospekte gratis.



Brauer-Holzschuhe.

Nur **allerbeste,** seit Jahren bewährte Qualitäten. Verlangen Sie meine neueste Preisliste.

Joh. Harders, Altona a. Elbe, Adolfstr. 28,

Holzschuhlager und Pantoffelfabrik.

Unserm Kollegen **Joseph Moll** und seiner lieben Frau Zenzi zur stattgefundenen Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der bayer. Hof-Brauerei, Kempten.

Den Kollegen der bayer. Hof-Brauerei, Kempten, für die Glückwünsche und das schöne Geschenk zu unsrer Hochzeit herzlichen Dank.

Joseph Moll u. Frau.

Zur Vermählung unserm Verbandskollegen **Otto Rathner** nebst seiner lieben Frau Minna, geb. Lindau, nachträglich die besten Glückwünsche.

Zahlstelle Magdeburg.

Unserm Kollegen **Sebastian Hilz** zu seiner Abreise nach Karlsruhe ein herzliches Lebewohl.

Die organisierten Kollegen der Schwabing. Brauerei, München

Unserm Verbandskollegen **Richard Blumenstein** und seiner lieben Frau zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Rudolstadt.

Den Kollegen und Kolleginnen der Radeberger Niederlage, Dresden, herzlichsten Dank für die Gratulation und das uns aus Anlaß unsrer Hochzeitsfeier gewidmete Geschenk.

Gustav Krause u. Frau.

Kollegen **Alois Zeller** nebst Frau Ida, geb. Siebenrock, zur Vermählung nachträgl. die herzlichst. Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Brauerei-Gesellschaft Ulm.

Unserm Verbandskollegen **Joh. Nielsen** und seiner lieben Frau Marie, geb. Petersen, zur Hochzeit am 20. Oktober nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Flensburg.

Unserm Verbandskollegen **Eugen Bühler** anläßlich seines am 19. Okt. geborenen (ersten) Sprößlings Marie Wilhelmine die herzlichsten Glückwünsche.

Mehrere Kollegen der Brauerei Ketterer, Pforzheim.

Unserm Kollegen **Korbinian Klöbl** und seiner lieben Frau Babette, geb. Hauser, zur Hochzeitsfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Matthäser-Brauerei, München.

Unserm treuen Verbandskollegen **Otto Oettel** und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit am 22. Oktober nachträglich die besten Glückwünsche.

Die organisierten Kollegen der Bier-Brauerei-A.-G., Glauchau.

Unserm Kollegen **Wilhelm Ottmann** und seiner lieben Frau Christine, geb. Kaltenbach, zur Hochzeitsfeier nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Verbandskollegen der Aktien-Brauerei Dinglingen.